



ERNST-REUTER-HEFTE

1

1948 – Jahr der Entscheidungen

Ernst Reuter und der Weg in den Kalten Krieg

von Peter Brandt

1948 – Jahr der Entscheidungen

ERNST-REUTER-HEFTE

Heft 1

Peter Brandt

1948 – Jahr der Entscheidungen

Ernst Reuter und der Weg
in den Kalten Krieg

be.bra
wissenschaft verlag

Bibliografische Information Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist
ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Verfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung auf DVDs, CD-ROMs, CDs, Videos,
in weiteren elektronischen Systemen sowie für Internet-Plattformen.

© be.bra wissenschaft verlag GmbH
Berlin-Brandenburg, 2012
KulturBrauerei Haus 2
Schönhauser Allee 37, 10435 Berlin
post@bebra-wissenschaft.de
Redaktion der Reihe: Michael C. Bienert
Lektorat: Matthias Zimmermann, Berlin
Bildredaktion: Michael C. Bienert und Maximilian Zorn
Gesamtgestaltung: typegerecht berlin
Schrift: DTL Romulus 10/13,8pt
Druck und Bindung: Elbe-Druck, Wittenberg
ISBN 978-3-95410-006-4
ISSN 2194-5810

www.bebra-wissenschaft.de

Der Weg in den Kalten Krieg

Der seit nunmehr gut zwei Jahrzehnten überwundene Ost-West-Konflikt, für den sich schon seit 1947 der Ausdruck »Kalter Krieg« einzubürgern begann, löste nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs schrittweise die widersprüchliche Zusammenarbeit der angloamerikanischen Mächte und der Sowjetunion, der unterschiedlich ausgerichteten, doch überwiegend eher links orientierten nationalen Widerstandsbewegungen sowie der zahlreichen sukzessive in den Krieg eingetretenen »Ver-einten Nationen« gegen die um Deutschland und Japan gruppierte faschistische Staatengruppe samt ihrer Kollaborateure ab. Es darf hier offen bleiben, ob das Vorhandensein unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Systeme zwangsläufig in die Formierung fester, auch militärischer Blöcke münden musste, und, falls ja, ob sich daraus zwingend die Teilung Deutschlands ergab. Faktisch ging die Entwicklung in diese Richtung, und sie entbehrte nicht einer gewissen Folgerichtigkeit.

Die zweieinhalb Jahre zwischen der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 und der vorläufig letzten Konferenz der Deutschland gemeinsam kontrollierenden vier Siegermächte in London Ende 1947 lassen sich als eine Übergangsphase zwischen Weltkrieg und Kaltem Krieg begreifen. Sie war von einer gewissen Offenheit gekennzeichnet, auch wenn schon im Verlauf des Jahres 1947 wichtige Weichenstellungen erfolgten.

Die Sowjetunion unter Stalin ergänzte in dem von ihr jetzt beherrschten südost- und ostmitteleuropäischen Machtbereich die anfangs durchaus nicht unpopuläre soziale Umgestaltung, wie sie etwa bei der Ausschaltung des Großgrundbesitzes und des Großkapitals zum Tragen kam, um eine viel erbitterter und breiter abgelehnte Reglementierung des politischen Lebens im Sinne der sogenannten Blockpolitik: Die Eingriffe der Roten Armee und die Besetzung der Schlüs-

selpositionen durch die einheimischen Kommunisten erzwangen Konsens und verhinderten eine offene Opposition. Dabei fanden nach den verstörenden und gewaltsamen Übergriffen der Sowjetarmee bei der Eroberung ihres geografischen Vorfelds bereits Unterdrückungsmaßnahmen und Terror Anwendung. Die sogenannte »antifaschistisch-demokratische Umwälzung«, eine Revolution von oben und von außen, wurde auch in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) in dem Maß forciert, wie der Kreml die aus seiner Sicht schwindende Bereitschaft der Westalliierten wahrnahm, zu einer einvernehmlichen Gestaltung der europäischen Staatenordnung und namentlich zu einer gemeinsamen Deutschlandregelung zu kommen. An Letzterer war die UdSSR insofern unmittelbar interessiert, als für sie nur so eine reale Aussicht bestand, Reparationsleistungen aus allen vier Zonen zu beziehen. Die Reparationsfrage war für Moskau essenziell und deshalb auch die Beteiligung an einer internationalen Ruhr-Behörde. Es sprach aus sowjetischer Sicht viel dafür, bei ständiger Perfektionierung des Zugriffs auf ihre schon bald »Satelliten« genannten Vorfeldstaaten die deutschen Dinge in der Schwebe zu lassen, solange sich die Vier Mächte nicht auf eine Friedensregelung einigen konnten.

Für die Briten und die bald dominierenden Amerikaner, die anfangs ihrerseits dazu neigten, außenpolitische Entscheidungen hinauszuschieben, besaß die Reparationsfrage eine untergeordnete oder überhaupt keine Bedeutung. Man sah Deutschland vielmehr hauptsächlich als Sicherheits- und als zentral für das europäische Wirtschaftsproblem. Ohne das westdeutsche Potenzial schien die kooperative Rekonstruktion der westeuropäischen Ökonomie, unverzichtbarer Teil eines liberalisierten und prosperierenden Weltmarkts, nicht möglich. Das war ein wesentliches Argument für den Übergang von einer auch im wirtschaftlichen Bereich stark repressiven Politik zu einem Ansatz, der den Wiederaufbau und die Belebung förderte. Ausdruck dieser Ten-



Sowjetische Soldaten vor dem Brandenburger Tor, März 1946.

denzweude war der nach dem damaligen amerikanischen Außenminister benannte »Marshall-Plan«. Obwohl die Finanzhilfen des European-Recovery-Programms sämtlichen Staaten »westlich von Asien«, wie es hieß, angeboten wurden, war es so angelegt, dass es letztlich für die Sowjetunion nicht infrage kam. Stattdessen nahm Moskau seine europäischen Verbündeten an die Kandare und nötigte sie ebenfalls zur Ablehnung des Hilfsprogramms.

Flankiert wurde der »Marshall-Plan« von der sogenannten Truman-Doktrin. In einer Rede am 12. März 1947 verkündete US-Präsident Harry S. Truman demonstrativ die Bereitschaft der USA, Ländern zu helfen, die sich einer kommunistischen Bedrohung ausgesetzt sähen. Damit war der Übergang zur Politik der »Eindämmung« der UdSSR (*containment*) offiziell eingeleitet. Alle Staaten müssten sich, so erklärte Truman, zwischen dem Weg der Demokratie und dem des



Sowjetisches
Ehrenmal im
Tiergarten,
April 1947.

Sowjetkommunismus entscheiden. In anderer Terminologie und entgegengesetzter Bewertung pflichtete der Leningrader Parteisekretär der KPdSU, Andrej A. Schdanow, mit seiner »Zwei-Lager-Theorie« Trumans Einschätzung bei. Auf der Gründungskonferenz des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform) im September 1947 stellte er dem westlichen Lager des »Dollar-Imperialismus« und der Kriegsvorbereitung das östliche Lager der »konsequenten Demokratie« und des Friedens gegenüber.

Während sich der Sowjetisierungskurs im östlichen Teil des Kontinents verschärfte, drohten Ende 1947 Massenstreiks in Italien und vor allem in Frankreich, das wirtschaftliche und politische Leben zu destabilisieren. Der griechische Bürgerkrieg (1946–49) war noch nicht entschieden, ebenso wenig der französische Kolonialkrieg in Indochina (1946–54) gegen die Viêt Minh; in China bahnte sich der welthistorische Sieg von Maos Bauernarmeen an. Diese und weitere Konflikte, die ihre eigenen innergesellschaftlichen Ursachen hatten, gerieten in der öffentlichen Wahrnehmung in den Sog jenes Kalten Krieges zweier gegensätzlicher Weltordnungen, der schnell zu einem allumfassenden politisch-ideologisch, ökonomisch, technologisch-wissenschaftlich, kulturell-sozial und militärisch geführten Konflikt wurde. Diese krasse Polarisierung war möglich geworden, weil mit den USA und der Sowjetunion zwei überragende, wenn auch nicht gleichrangige Supermächte aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen waren. Deren Hegemonialstellung und konkrete Interessen wurden durch gegensätzliche, aber in ähnlicher Weise missionarische Ideologien und globale Ordnungsmodelle gestützt.

Ernst Reuter nahm den aufziehenden Ost-West-Konflikt schon frühzeitig wahr. Im März 1946, als er sich noch im türkischen Exil aufhielt, schrieb er an den früheren Holzarbeiterführer Fritz Tarnow, man sei »in Deutschland für lange, lange Zeit nur ein Stein im Schachbrett

der Kämpfe zwischen Ost und West. [...] Dieser Kampf [...] wird in seiner Art das Schicksal Deutschlands bestimmend beeinflussen, und wir müssen sogar mit der Möglichkeit rechnen, daß die [...] festgelegte Demarkationslinie die Grenze zwischen Ost und West bleibt. Auf die Dauer wird freilich der Westen der stärkere Teil sein, aber bis das alles sich auswirkt, werden wir noch lange, lange warten müssen.«¹ Reuter, den viele Berliner noch aus seiner Zeit als Verkehrsstadtrat in den Jahren 1926 bis 1931 kannten, traf Ende November 1946 in der deutschen Hauptstadt ein. Bewusst ließ er sich sicherheitshalber im amerikanischen Sektor nieder. Kurz darauf trat er wieder das gewissermaßen vertraute Amt an, wobei er sich mit Eifer in seine – angesichts der verheerenden Kriegszerstörungen und der im Hungerwinter 1946/47 kulminierenden Not wahrhaft titanischen – Aufgaben stürzte.

1 Brief Ernst Reuters an Fritz Tarnow vom 15. März 1946, in: Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 2: Artikel, Briefe, Reden 1922 bis 1946. Bearb. von Hans J. Reichardt, Frankfurt am Main u. a. 1973, S. 627–630, hier S. 628.

Ernst Reuter im Berlin der Nachkriegszeit

Zu diesem Zeitpunkt hatten die Berliner Sozialdemokraten bereits den kommunistischen Fusionsdruck im Frühjahr 1946 erfolgreich abgewehrt. Bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung am 20. Oktober 1946 konnte die Partei einen überraschend deutlichen Wahlsieg einfahren. Dem gegenüber erhielt die in allen vier Sektoren Berlins neben der SPD lizenzierte SED mit nur knapp 20 Prozent weniger als die Hälfte der sozialdemokratischen Stimmenzahl – ein angesichts der Voraussetzungen niederschmetterndes Ergebnis. Die Berliner SPD profilierte sich in dieser Zeit mehr als die »bürgerlichen« Parteien CDU und LDP, die auf ihre noch nicht voll gleichgeschalteten Organisationen in der SBZ Rücksicht nehmen mussten, in der öffentlichen Auseinandersetzung als Antipode der SED. Zugleich war sie dennoch entschlossen, im Zusammenwirken mit allen anderen Kräften (nicht zuletzt der SED), die dazu bereit waren, ihr Programm demokratischer und sozialistischer Strukturformen voranzubringen. Auf die gleiche Weise gingen die Sozialdemokraten in den westdeutschen Ländern vor. In Berlin fand das seinen Niederschlag namentlich in der Abschaffung des Berufsbeamtentums und der Installation einer durchaus erfolgreichen Einheitsversicherung, in beachtlichen Teilsozialisierungen, einem auf Vereinheitlichung des Kammerwesens, überbetrieblicher Mitbestimmung und Gemeinwirtschaft zielenden Wirtschaftskammergesetz sowie einer egalisierenden Schulreform, die eine achtjährige gemeinsame Grundschule festschrieb. Alle diese Maßnahmen wurden von der Stadtverordnetenversammlung mit breiten, teilweise wechselnden Mehrheiten beschlossen.

Der strukturreformerische Umbau von Staat und Gesellschaft entsprach durchaus der Überzeugung Ernst Reuters. Wie der deutschen Sozialdemokratie im Ganzen ging es ihm dabei um die Beseitigung

wirtschaftlicher Machtkonzentrationen in Gestalt des Großkapitals, die sich als demokratiegefährdend erwiesen hatten. Ebenfalls in Einklang mit seiner Partei hielt er den Wiederaufbau aus ökonomischen und sozialen Gründen nur mittels »planmäßiger Lenkung und Leitung« für möglich. Diese Auffassung war in den ersten Nachkriegsjahren übrigens auch in der CDU weit verbreitet. Dabei betonte Reuter, dass die Organisationsform der Industrien, die es zu sozialisieren galt, »nicht die eines zentralistisch geleiteten staatskapitalistischen Betriebes« sein dürfe.² Er akzentuierte zudem immer wieder die Bedeutung kommunaler Selbstverwaltung: als Schule und als Wesenselement der Demokratie.

Es ist wenig bekannt, dass der SPD-Wahlsieg im Oktober 1946 innerhalb des durchaus beachtlichen sozialdemokratischen Segments in der werktätigen Bevölkerung einen partizipatorischen Impuls auslöste, der, wie schon die Anti-Fusionskampagne des Frühjahrs 1946 gezeigt hatte, organisationsdemokratische und teilweise auch antiautoritäre Züge trug. Schon in der Vorblockadezeit bildete die Sozialdemokratie, in den Worten Ernst Reuters, »ein magnetisches Kraftfeld, das auf die CDU und die LDP seine Wirkung hat und innerhalb der SED wie ein nagender Wurm frißt«.³ Während in Teilen der SPD eine Art Avantgarde-Bewusstsein Raum griff, hob Reuter auf die Notwendigkeit ab, als Partei einen neuen politischen Stil und einen »neuen Lebensstil untereinander« zu entwickeln. Es gelte zu zeigen, dass die Sozialdemo-

2 »Grundsätze und Ziele der Sozialdemokratie«. Referat Ernst Reuters auf der ersten Tagung des vierten Landesparteitages der Berliner SPD am 27. April 1947, in: Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 3: Artikel, Briefe, Reden 1946 bis 1949. Bearb. von Hans J. Reichhardt, Frankfurt am Main u. a. 1974, S. 190–219, hier S. 208.

3 »Warum politische Arbeit in Berlin?« Referat Ernst Reuters auf der SPD-Betriebsgruppenvorständekonferenz am 30. Januar 1948, in: ebd., S. 334–350, hier S. 347.

kraten »einen anderen Menschentyp [...], eine andere Denkweise und eine andere Handlungsweise« repräsentierten als die Anhänger obrigkeitsstaatlicher und diktatorischer Ordnungen.⁴ »Das einzige, was uns in Deutschland fehlt, ist die Schaffung eines wachen, lebendigen, unerschütterlichen politischen Bewußtsein des Volkes. Eine Demokratie besteht nicht darin, dass man alle vier Jahre einmal wählt. Eine Demokratie ist nur da vorhanden, wo innerhalb eines Volkes eine Schicht unerschütterlich steht, die dafür sorgt, daß der Gedanke der Freiheit niemals ausgerottet werden kann.«⁵ Diese selbstbewusste politische Haltung wurde von den westlichen Besatzungsmächten zunächst eher mit Skepsis betrachtet und keineswegs sogleich honoriert.

Die auf umfassende gesellschaftliche Neuordnung zielende Politik der Berliner SPD entsprach einer breiten, wenn auch diffusen und fragilen antikapitalistischen Stimmung in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung; diese Politik sollte modellartig einen Weg für Deutschland insgesamt aufzeigen. Es ging den Sozialdemokraten darum, die Einheit der Stadt zu bewahren. Diese war durch die weitgehende Einbeziehung des Ostsektors in die seit Juni 1947 von der Deutschen Wirtschaftskommission geleitete Wirtschaft der SBZ sowie infolge der versorgungsbedingt gegebenen Anbindung aller vier Sektoren an die jeweiligen Okkupationszonen bereits infrage gestellt. Berlin sollte eine Klammer für die auseinanderdriftenden Besatzungszonen bilden. Auch Ernst Reuter folgte trotz seines von Anfang an großen Misstrauens gegenüber den Sowjets rund ein Jahr lang dieser Maxime, auch weil sich keine bessere Alternative bot. Immer wieder betonte er seine Liebe zum russischen Volk und den Respekt vor ihm – er kannte die Russen

4 Ebd., S. 344.

5 Ebd., S. 349.

aus seiner Zeit in Kriegsgefangenschaft während des Ersten Weltkriegs gut – und signalisierte darüber hinaus die Bereitschaft, mit der Regierung der Siegermacht UdSSR einen fairen Ausgleich zu suchen. Vor dem Berliner Landesparteitag am 27. April 1947 bezeichnete Reuter die SPD als »die wirklich nationale deutsche Partei, die unabhängig von jeder fremden Macht ein freies einheitliches Deutschland will [...] und diese Einheitlichkeit und Freiheit Deutschlands heute bereits in ihrer bloßen Existenz verkörpert«.⁶

Dass die Reichseinheit nur durch ein Zusammenwirken der Sieger erhalten werden könne, lag in den Jahren von 1945 bis 1947 aus der Berliner Perspektive näher als aus Sicht der West- und Süddeutschen. Die Deutschen hätten demzufolge alles zu vermeiden, was die Gegensätze verschärfen könnte, und sie müssten bemüht sein, alle vier Besatzungsmächte von der Aufrichtigkeit dieser Haltung zu überzeugen. Nur dann bestand, so nahm man an, Aussicht auf Einsetzung einer deutschen Zentralregierung, die indessen ohne Sicherheitsrisiken und Reparationsverpflichtungen für ganz Deutschland nicht zu haben sein würde. Naturgemäß waren eine solche Einschätzung und ihre Schlussfolgerungen für die nichtkommunistischen Politiker in Berlin leichter zu ertragen als für die in den Westzonen, wo man teilweise einen offen ausgesprochenen Anti-Berlin- bzw. Anti-Preußen-Affekt pflegte. Auch Ernst Reuter war darauf eingestellt, den Faden der Zusammenarbeit mit allen vier Mächten weiterzuspinnen, solange auch nur eine kleine Chance zu bestehen schien, dieses Ziel erreichen zu können. So warnte er nachdrücklich vor törichten Spekulationen, die Deutschen könnten aus der Zwietracht der Sieger oder gar aus kriegerischen Verwicklungen unter ihnen irgendwelche Vorteile ziehen.

6 »Grundsätze und Ziele der Sozialdemokratie«, in: ebd., S. 202.

Allerdings ließ Reuter, der nach der Abwahl Otto Ostrowskis im Juni 1947 zwar zum Oberbürgermeister gewählt, aber aufgrund des sowjetischen Vetos von der Alliierten Kommandantura nicht im Amt bestätigt wurde, in seinen nichtöffentlichen Äußerungen keine Zweifel daran, dass er das sowjetkommunistische System für eine despotische Gewaltherrschaft hielt, die insofern der des »Dritten Reiches« wesensgleich sei. Gegenüber der SED schlug er zunehmend öffentlich eine äußerst scharfe und polemische Tonart an. So erklärte er etwa auf dem SPD-Parteitag, die Einheitssozialisten trügen das »Kainsmal des Brudermords«, eine Anspielung auf die Formen der Fusionskampagne 1945/46 sowie die Verfolgung widerständiger Sozialdemokraten in der SBZ.⁷ Zudem seien sie nichts anderes als »Quislinge« einer fremden Besatzungsmacht.⁸ Die unterschiedslose Verurteilung der SED drückte nicht nur Reuters Gegnerschaft, sondern seine tiefe Verachtung gegenüber den, wie er sagte, »Kümmerlingen« aus.⁹ Äußerungen wie diese zeigen eine unnachsichtige Härte, die mitunter die häufig hervorgehobene Toleranz und Konzilianz Reuters im persönlichen Umgang wie im politischen Wettbewerb nicht zum Tragen kommen ließ. Allerdings wurden von der anderen Seite noch weit schlimmere persönliche Angriffe gegen ihn gerichtet, wiewohl die Absetzung des Stadtrats Reuter am 15. November 1948 durch die sowjetische Militäradministration wegen »vollkommener Unfähigkeit« eher ein Kuriosum war.

Somit war vorgezeichnet, dass der 1921 als junger Mann für einige Monate sogar an der Spitze der KPD stehende ethische Sozialist europäischer Prägung – und mit ihm nicht wenige andere frühere Kommu-

7 Ebd., S. 199.

8 Ebd., S. 213.

9 Rede Ernst Reuters auf der Kundgebung von SPD, CDU und LDP vor dem Reichstagsgebäude am 26. August 1948, in: ebd., S. 468–470, hier S. 469.

nisten und Linkssozialisten – im Kalten Krieg unzweideutig auf die Seite des Westens traten. Weil Ernst Reuter die westliche repräsentative Demokratie als historisch einzig reale demokratische Staatsform, zugleich als wertbezogene Lebensform und als einzig mögliche Basis sozialdemokratischer Politik auffasste, war der Kalte Krieg für ihn in der entscheidenden Substanz kein Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus und keine Auseinandersetzung zwischen rivalisierenden Großmächten um Vorherrschaft, sondern ein Ringen zwischen Demokratie und Diktatur, zwischen Freiheit und Tyrannei. »Eine freie Gesellschaft ist nur möglich, wenn um politische und wirtschaftliche Ideale, leider aber auch um Interessen offen gekämpft und gerungen wird. Ein Staat, in dem es nur eine Partei gibt, [...] ein solcher Staat ist keine menschliche Gesellschaft, sondern nur eine Ameisenorganisation, in der alle wahren Werte erstickt, ertötet werden.«¹⁰

Spätestens mit dem kommunistischen Umsturz in der Tschechoslowakei im Februar/März 1948, wo sich im Schatten des »Großen Bruders« eine – wenn auch nicht uneingeschränkte – parlamentarische Demokratie hatte etablieren können, starben die Hoffnungen auf einen »dritten Weg« jenseits des despotisch-kommunistischen Eatismus und des von den USA geführten Liberal-Kapitalismus. Auch im Westen Europas fanden diese Hoffnungen keine Basis mehr, da die britische Labour-Regierung anders als erwartet nicht zuletzt wegen der finanziellen Abhängigkeit von den USA keine Anstalten machte, eine eigenständige Rolle in Europa zu spielen.

Für die Alliierten, auch für die Westmächte, war Ernst Reuter ein unbequemer Mann, der – mit der Autorität des Hitlergegners und begleitet von seinem unübersehbaren Mahnen zur Selbstbesinnung und

10 »Grundsätze und Ziele der Sozialdemokratie«, in: ebd., S. 199.

Selbstreinigung der Deutschen – das bürokratisch-autoritäre Verhalten der Besatzer in Form und Inhalt, die Bestrafungspolitik der Sieger und pauschale Kollektivschuldvorwürfe kritisierte. Er verteidigte nicht nur die Lebensinteressen des deutschen Volkes, sondern nahm für die Deutschen auch das Prinzip der Selbstbestimmung in Anspruch. »Entschließt euch«, forderte er die Alliierten auf, »auch dem deutschen Volk die Freiheit zu geben, ohne die kein Volk leben kann.«¹¹ Was mochte selbst in einem wohlwollenden amerikanischen Besatzungsoffizier vorgehen, dem Reuter – so geschehen 1947 – seine Bereitschaft erklärte, auch mit dem Rücken zur Wand zu kämpfen, doch unmissverständlich hinzufügte: »[...] aber Sie sind keine Wand, gegen die ich mich stellen kann.«¹²

11 Rede Ernst Reuters auf der »Wahltribüne« des RIAS im Titania-Palast am 4. Dezember 1948, in: ebd., S. 549 – 553, hier S. 551.

12 Zit. nach: Willy Brandt/Richard Lowental: Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit, München 1957, S. 424.

Blockade und Luftbrücke 1948/49

Um die Jahreswende 1947/48 spürte Ernst Reuter, dass sich die internationalen und innerdeutschen Spannungen zu verschärfen begannen. In Briefen ins Ausland sprach er von »der Ruhe vor dem Sturm«. Es werde »ein neuer heißer Kampf entbrennen [...], und, ob wir wollen oder nicht, wir werden mitten in ihm drinstehen, es wird um unseren Kopf gehen, und der Kampf wird für uns umso schwieriger sein, weil wir leider nach manchen bitteren Erfahrungen nicht das Vertrauen in die Westmächte haben können, von ihnen immer und in jeder Lage unterstützt zu werden.«¹³

In der Tat sollte das Jahr 1948 Berlin – und an der Spitze des Westteils der Stadt Ernst Reuter – ins Zentrum der Weltpolitik rücken und beiden zudem eine wichtige Rolle bei der westdeutschen Staatsgründung zuweisen. Auf der Londoner Außenministerkonferenz im November/Dezember 1947 war aus Sicht der USA und Großbritanniens endgültig klar geworden, dass der Versuch einer die Sowjetunion einschließenden Lösung des Deutschlandproblems gescheitert war. Daher drangen die Amerikaner in Konkretisierung der im Lauf des Jahres 1947 vorgenommenen Weichenstellungen auf die Bildung einer westdeutschen Regierung. Von diesem Vorhaben mussten indes die westdeutschen Landes- und Parteipolitiker erst überzeugt werden, da sie nicht bereit waren, das dadurch drohende Odium der aktiven Spaltung Deutschlands auf sich zu nehmen. Außerdem war der hinhaltende Widerstand der französischen Verbündeten gegen ein Wiedererstarken Deutschlands zu überwinden.

13 Brief Ernst Reuters an Elizabeth Howard vom 27. Dezember 1947, in: Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 3, S. 325–327, hier S. 325.

Es gelang den USA auf einer in zwei Verhandlungsrunden vom Februar bis zum Juni 1948 ebenfalls in London tagenden Sechsmächte-Konferenz, an der auch die Benelux-Staaten beteiligt wurden, mehrere grundlegende Beschlüsse über die Zukunft der drei Westzonen Deutschlands zu erreichen. Unter diesen sogenannten Londoner Empfehlungen war die Vorbereitung einer westdeutschen Staatsgründung die wichtigste. Diese sollte über die 1945/46 wiederbelebten bzw. neu geschaffenen Länder erfolgen. Auf wirtschaftlicher Ebene trat – neben der Erweiterung der Bizone zur Trizone, der Marshall-Plan-Hilfe und der Einrichtung einer Internationalen Ruhr-Behörde – der als solcher gewiss unvermeidliche und nun allein für Westdeutschland vorgegebene Währungsschnitt ins Zentrum, also die von den USA vorbereitete und durchgeführte Währungsreform vom 18. Juni 1948. Nachdem sich die Sowjetunion schon vorher aus dem Alliierten Kontrollrat zurückgezogen hatte, wurde die Währungsreform zum Anlass einer eigenen Währungsumstellung in der SBZ und dann der Blockade der Westsektoren Berlins durch die UdSSR. Die Vier Mächte konnten sich nicht über eine Sonderregelung für Gesamtberlin verständigen, und die USA, Großbritannien und Frankreich führten die neue D-Mark (mit spezieller Kennzeichnung) – faktisch neben der Ostmark – als Währung für die betreffenden Sektoren ein.

Schon seit Jahresbeginn hatte die Sowjetunion wiederholt ihre »Folterinstrumente« gezeigt, indem sie den vertraglich nicht eindeutig geregelten Zugang der Westmächte zu ihren Berliner Besatzungssektoren unter meist technischen Vorwänden behinderte. Die Infragestellung der westalliierten Präsenz in Berlin konnte auch als deutschlandpolitisches Druckmittel dienen, etwa um die geplante Gründung eines westdeutschen Staates zu erschweren. Im Rahmen der neuen amerikanischen Eindämmungspolitik der USA hätte bei nüchterner Einschätzung ihrer Interessen und Möglichkeiten eher ein Rückzug aus



Berliner beobachten die Luftbrückflugzeuge, 1948/49.

Berlin nahegelegen, wie er auch erwogen wurde. Doch machte die zu erwartende negative Signalwirkung auf die Deutschen in den Westzonen und auf die Europäer im Westen des Kontinents einen solchen Schritt – umso mehr, wenn er nicht freiwillig erfolgte – untragbar. Die Westsektoren Berlins mochten insofern von den USA auch als Falle empfunden worden sein. Die Westmächte mussten daran interessiert sein, eine Zuspitzung der Auseinandersetzungen in und um Berlin zu vermeiden, solange die Dinge im Westen Deutschlands in der Schwebe waren. Und tatsächlich bemühten sie sich in der zweiten Juni-Hälfte 1948 um Verhandlungen mit der Sowjetunion. Dabei gingen sie sogar soweit, die Einbeziehung ganz Berlins in das Währungsgebiet der Ost-Mark anzubieten, sofern die Währung unter eine Vier-Mächte-Aufsicht gestellt würde. Doch nicht einmal das wollte die sowjetische Seite zugestehen, geschweige denn eine separate Gesamtberliner

»Bären-Mark«. Vielmehr gab sie zu verstehen, dass sie zu Gesprächen nur dann bereit sei, wenn diese den Weststaat-Plan beinhalteten. Des- sen Verhinderung blieb das Hauptziel, dem gegenüber die Eingemein- dung ganz Berlins in den sowjetischen Machtbereich nur das zweit- beste Ergebnis darstellte. Inzwischen hatten die sowjetischen Behörden in der Nacht zum 24. Juni alle Landverbindungen zwischen Berlin und den Westzonen gesperrt und die Versorgung der Westsektoren aus dem Ostteil der Stadt und der Ostzone gestoppt; die Westmächte wiederum antworteten darauf mit einer Gegenblockade. Der Kreml begründete seine Maßnahmen damit, dass die Westalliierten mit den Beschlüssen der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz ihre Rechte in Berlin eingebüßt hätten. Anfangs war höchst unsicher, ob es gelingen würde, dem Druck der Blockade standzuhalten. Die Vorräte im Wes- ten Berlins waren begrenzt. Die Nahrungsmittelreserven reichten für rund einen Monat. Die von Amerikanern und Briten sogleich einge- richtete Luftbrücke – eine gewaltige technische und organisatorische Leistung – enthielt die doppelte Unsicherheit, wie lange, erstens, die über zwei Millionen Westberliner auf diesem Weg versorgt werden könnten und ob, zweitens, der Blockade der Landwege nicht die Sper- rung der Luftkorridore folgen würde. Diese Vorgänge fielen in die kritische Anfangsphase im Gründungsprozess der Bundesrepublik, als die westdeutschen Ministerpräsidenten der angeordneten Konsti- tuierung des neuen Staatswesens deutlich widerstrebten. Die franzö- sische Haltung war alles andere als fest. Doch auch auf der Seite der angloamerikanischen Siegermächte gab es alternative Überlegungen zur Weststaatsgründung. Sowohl der britische Militärgouverneur Sir Brian H. Robertson als auch der Leiter des Planungsstabes im US-State Departement, George F. Kennan, einer der frühesten Befürworter des deutschen Weststaats und gewissermaßen der Erfinder des Konzepts des »Containments« gegenüber der Sowjetunion, regten neue Ange-



Markierungsarbeiten an der Sektorengrenze am Potsdamer Platz, um 1948.

bote gegenüber der Sowjetunion an. Diese zielten auf den vierseitigen (entweder vollständigen oder weitgehenden) Truppenrückzug aus ganz Deutschland und auf die Schaffung eines gesamtdeutschen unabhängigen Staates. Dabei spielte auch die Erwartung eine Rolle, dass die Westdeutschen andernfalls stets nur darauf bedacht sein würden, zu einer Wiedervereinigung mit dem Osten zu kommen. Dieser Vorschlag war als solcher keineswegs eine Aufforderung zur Kapitulation, kam aber wohl zur Unzeit. Andere Gedanken wie der des amerikanischen Botschafters in Moskau, Berlin zur Vermeidung des den USA bei einem einseitigen Rückzug drohenden eklatanten Prestigeverlusts der UNO zu unterstellen, trugen hingegen defätistische Züge. Auch US-Außenminister George C. Marshall glaubte nicht daran, dass West-Berlin auf Dauer zu halten sein würde.

Stalins Kalkül scheiterte jedoch auf zwei Ebenen: General Lucius D. Clay, der Militärgouverneur für die amerikanische Besatzungszone, forcierte mit dem ihm eigenen Nachdruck die Weststaatsgründung und ging daher daran, unhintergehbare Tatsachen zu schaffen. Er verlangte von den Länderchefs, die Londoner Beschlüsse ohne Einschränkungen auszuführen, wenn sie nicht das Besatzungsregime verlängern wollten. Für Clay war die Berlin-Krise die Probe aufs Exempel: Sollte der Westen nachgeben, befürchtete er ein Desaster. Schon im April 1948 hatte er die Auffassung vertreten: »Wenn Berlin fällt, folgt Westdeutschland als nächstes [...]. Wenn wir beabsichtigen, Europa gegen den Kommunismus zu halten, dürfen wir uns nicht von der Stelle rühren [...].«¹⁴ Trotz aller Schwierigkeiten blieb der Zug der westdeutschen Staatsgründung in Fahrt, ohne zu entgleisen. Im Spätsommer zeichnete sich

14 The Papers of General Lucius D. Clay, Germany 1945–1949, Bd. 2. Hrsg. von Jean E. Smith, Bloomington u. a. 1974, S. 623 (dort im englischen Original).

ab, dass es gelingen würde, Berlin auch den Winter über aus der Luft zu versorgen, woran selbst Ernst Reuter zunächst gezweifelt hatte. Zudem setzte sich die Einschätzung durch, dass es nicht zu einer Sperrung der Luftwege kommen werde, sodass es zunehmend möglich schien, auf der Berliner Position zu beharren und gleichzeitig die Weststaatsgründung voranzutreiben. Als Marshall am 26. August 1948 die Bewahrung des Vier-Mächte-Status Berlins und die Behauptung des westalliierten Einflusses und der westalliierten Truppenpräsenz in Westdeutschland zu »Essentials« eines eventuellen Berlin-Abkommens erklärte, stand die westliche Front. Daran hatte auch Ernst Reuter einen beträchtlichen Anteil, da es ihm gelungen war, die Westmächte vom Freiheitswillen und von der Widerstandsbereitschaft der West-Berliner zu überzeugen.

Der engste Verbündete General Clays war in den entscheidenden Wochen der im Temperament und in den gesellschaftspolitischen Grundanschauungen so verschiedene Ernst Reuter geworden, dem die West-Berliner trotz massiven Drucks und vielfältiger Lockangebote der anderen Seite – so konnten Bewohner der Westsektoren im Osten der Stadt Lebensmittel und Brennmaterial erwerben – instinktiv beisprangen. Ähnlich wie Clay beschwor Reuter eine »Vertrauenskatastrophe ohnegleichen«, sollte Berlin aufgegeben werden.¹⁵ Er verhalf dem General bei den westdeutschen Ministerpräsidenten zum Erfolg, indem er die Blockade aus einem Argument *gegen* zu einem Argument *für* die Forcierung der Weststaatsgründung machte. Fast scheint es so, als hätten sich der amerikanische Chefmilitär und der Berliner Volkstribun verschworen, gemeinsam die absolute Priorität auf die Abwehr des sowjetischen Vorstoßes zu legen und jede Unsicherheit zu bekämpfen.

15 Rede Ernst Reuters auf dem Parteitag der SPD am 12. September 1948 in Düsseldorf, in: Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 3, S. 479–484, hier S. 481.

Die Spaltung der Stadt

Die Blockade von außen fand ihre Ergänzung in einer dramatischen Verschärfung der innerstädtischen Auseinandersetzungen. Angefangen mit dem 23. Juni 1948, wurden die regulären Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung im Sowjetsektor Berlins immer wieder zu Anlässen SED-freundlicher, von der Besatzungsmacht und der Polizei zumindest geduldeten Demonstrationen gegen die prowestlichen »Spalter«. Mehrfach wurden die parlamentarischen Beratungen gestört, als Demonstranten in den Sitzungsraum eindrangen. Am 23. Juni kam es darüber hinaus zu tätlichen Angriffen auf Abgeordnete, so auch auf die Sozialdemokratin Jeanette Wolff, die sechs Jahre im Konzentrationslager gesessen hatte. Als die Störungen immer häufiger und heftiger wurden und man die Stadtverordneten sogar am Betreten des Neuen Stadthauses hinderte, verlegte Otto Suhr, der Vorsteher des Kommunalparlaments, dessen Sitz »vorübergehend« in den britischen Sektor. Dem folgte der Magistrat bzw. die Magistratsmehrheit. Nachdem wichtige städtische Behörden, namentlich die Polizei, bereits getrennt worden waren und in den Bezirksverwaltungen wechselseitige Personalsäuberungen stattgefunden hatten, setzte am 30. November 1948 eine von der Berliner Bezirksorganisation der SED und dem »Demokratischen Block« einberufene Versammlung den nach West-Berlin ausgewichenen Magistrat ab. Stattdessen »wählte« die »außerordentliche Stadtverordnetenversammlung«, zu der neben den SED-Stadträten und Abgeordneten auf Berliner wie auf Bezirksebene per Akklamation bestimmte Delegierte aus zahlreichen Betrieben und Massenorganisationen sowie mit der SED kooperierende Angehörige anderer Parteien gehörten, einen Gegen-Magistrat und als Gegen-Oberbürgermeister Friedrich Ebert, einen Sohn des gleichnamigen Reichspräsidenten der Weimarer Republik.



Nachdem die Fraktionen der SPD, CDU und LDP die Stadtverordnetenversammlung am 6. September 1948 verlassen haben, spricht Ottomar Geschke (SED) vor den wenigen verbliebenen Abgeordneten.

Damit kam die SED mit hoher Wahrscheinlichkeit einer Niederlage bei den für den 5. Dezember 1948 angesetzten Wahlen zuvor, die wohl noch verheerender ausgefallen wäre als 1946, nun aber – von der SED boykottiert – allein in den Westsektoren stattfanden. Neben einer bemerkenswert hohen Wahlbeteiligung brachten sie der SPD einen vor allem Ernst Reuter zuzuschreibenden Triumph: Die SPD vereinigte fast zwei Drittel der gültigen Stimmen auf sich. Die Zugewinne kamen offenkundig nicht, wie man angesichts der innerstädtischen Konfrontationslinie hätte vermuten können, aus dem bürgerlichen Wählerspektrum (hier war die SPD schon zwei Jahre zuvor weit vorgestoßen), sondern aus Kreisen der Arbeiterschaft, die 1946 für die SED gestimmt oder gar nicht gewählt hatten.

Erst nach der Wahl vom 5. Dezember 1948 konnte Ernst Reuter als Oberbürgermeister offiziell die politische Führung Berlins bzw. de facto West-Berlins übernehmen. Es existierten jetzt in der Vier-Mächte-Stadt zwei Magistrate, deren Amtsgewalt faktisch jeweils auf einen Teil des Stadtgebietes begrenzt war, wenn sie auch beide mit Gesamtberliner Anspruch antraten. Der West-Berliner Status quo wurde gesichert durch die volle Einbeziehung in das Gebiet der D-Mark (West), indem die Alliierten am 20. März 1949 die Westwährung zum einzigen Zahlungsmittel in den Westsektoren machten, und dann durch den Erlass eines »kleinen«, dem westdeutschen ähnlichen Besatzungsstatuts am 14. Mai 1949. Letzteres folgte zwei Tage nach dem Ende der Blockade, einige Wochen nach der Unterzeichnung des NATO-Pakts und der Verständigung der westlichen Militärgouverneure mit den Ministerpräsidenten der Westzonen-Länder über einen gemeinsamen Grundgesetzentwurf. Zur Sicherung des Status von »Groß-Berlin« (de facto West-Berlin) gehörte nach Reuters Überzeugung auch die Zuerkennung der Eigenschaft eines deutschen Landes, wie sie dann in der revidierten Verfassung vom 1. Oktober 1950 festgeschrieben



Ernst Reuter bei
der Stimmabgabe
am 5. Dezember
1948.

wurde. Reuter hatte jedoch noch mehr gewollt, nämlich die volle Einbeziehung Berlins (de facto West-Berlins) in die Bundesrepublik, für die er noch im Frühjahr 1949 bei den Westalliierten vergeblich geworben hatte. Nicht zuletzt daran wird nochmals der offensive Charakter von Reuters deutschland- und berlinpolitischer Linie deutlich.

Eine wohl unvermeidliche Folge des innerstädtischen Kalten Krieges war die Beeinträchtigung des politischen Klimas auch im Westen Berlins, wo sich ein simples Schwarz-Weiß-Denken durchsetzte, das dem Motto folgte: Wer nicht uneingeschränkt für uns ist, der ist gegen uns – und schlimmer: der unterstützt die Kommunisten, zumindest als ein »nützlicher Idiot«. Es gab zweifellos Einflussagenten und »nützliche Idioten«, aber eben auch integre Gegner und bedenkenswerte Kritik. Doch für eine solche differenzierte Sicht war die Atmosphäre in der »Frontstadt« West-Berlin nicht vorhanden. Alle Positionen,

Nach der
Aufhebung der
Blockade verlas-
sen die ersten
Interzonenbusse
Berlin in Rich-
tung Hannover,
12. Mai 1949.



die nicht umstandslos ins Ost-West-Schema passten, wurden nicht nur ganz überwiegend inhaltlich abgelehnt, sondern auch moralisch angezweifelt, so etwa Anfang der 1950er Jahre die Bemühungen von Gustav Heinemann und seinen Gesinnungsfreunden, eine neue gesamtdeutsche und pazifistische Formation zu schaffen. Helene Wessel, die prominente Mitstreiterin Heinemanns, die nach 1945 zunächst Vorsitzende der wiedergegründeten Zentrumspartei und Mitglied des Parlamentarischen Rats gewesen war, wurde beispielsweise auf einer Kundgebung der »Notgemeinschaft für den Frieden Europas« im März 1952 von Demonstranten wüst beschimpft und angeblich als »Stalin-Nutte« beleidigt. Den Saal konnte sie nur unter Polizeischutz wieder verlassen.

Die Staatsgründung im Westen

Heute weiß man, dass die politische Spitze sowohl der USA als auch der UdSSR mittels ihrer reorganisierten Geheimdienste während der Blockade über die militärischen Kapazitäten und Absichten der jeweils anderen Seite recht gut im Bilde waren. Dies bildete eine Voraussetzung dafür, den Konflikt um die Berlin-Blockade nicht zum Waffengang eskalieren zu lassen. Die Amerikaner waren darüber informiert, dass die zum Aufbau einer Drohkulisse verstärkten sowjetischen Einheiten weder im zweiten Halbjahr 1948 noch im Frühjahr 1949 voll einsatzfähig waren, und den Sowjets blieb nicht verborgen, dass 1948 noch nicht mehr als einige Dutzend amerikanische Atombomben zum Einsatz bereitstanden, und die USA so wenig wie die vom Zweiten Weltkrieg regelrecht verheerte Sowjetunion auf einen globalen Krieg vorbereitet waren. Und vor allem konnten beide Supermächte den zutreffenden Eindruck gewinnen, dass die jeweils andere nicht die Absicht hatte, die Krise um Berlin außer Kontrolle geraten zu lassen. Folglich wies Washington den – auch von Ernst Reuter befürworteten – Vorschlag General Clays aus der Anfangsphase der Blockade zurück, mit einem bewaffneten Konvoi von Westdeutschland nach Berlin durchzustößen.

Die größten Skeptiker einer Weststaatsgründung fanden sich unter den öffentlichen Amtsträgern und den führenden Parteifunktionären der SPD. Dabei hatte sich auch dort die Meinung durchgesetzt, dass die Westzonen – nicht zuletzt aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen – straffer organisiert werden müssten, und so befürwortete man die Bildung und den Ausbau der britisch-amerikanischen Bizone ebenso wie die Annahme der Marshall-Plan-Hilfe. Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher argumentierte schon seit Frühjahr 1947 mit der sogenannten »Magnet-Theorie«: Die wirtschaftliche Prosperität der Westzonen (bzw. zunächst der Bizone) sollte eine solche Anziehungskraft

auf den Osten ausüben, »daß auf die Dauer die bloße Innehabung des Machtapparats dagegen kein sicheres Mittel ist«. ¹⁶ Faktisch sei Deutschland durch die Aktivitäten der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED bereits in Spaltung begriffen; die bevorstehende Neuorganisation der Westzonen sei lediglich die Reaktion auf Aktionen des Ostens. Er dachte dabei jedoch nicht an die sich rekonsolidierende bürgerlich-kapitalistische Ordnung, sondern an die sozialdemokratischen Rezepte: Der wirtschaftliche Aufbau Westdeutschlands werde nur dann anziehend auf die Bevölkerung Ostdeutschlands wirken, »wenn nicht ein schuldbeladener und kurzsichtiger Kapitalismus seinen Stempel dem deutschen Westen aufdrückt«. ¹⁷

Bezeichnend für die sozialdemokratische Position auch noch nach den Londoner Empfehlungen der Westalliierten vom Frühjahr 1948 war das Beharren auf dem provisorischen, nicht-staatlichen Charakter des entstehenden trizonalen »Gebildes«. Carlo Schmid, Justizminister von Württemberg-Hohenzollern, Vorsitzender des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates und einer der führenden Köpfe der SPD, sprach von einem »einheitlichen Gebiet«, dessen Verhältnisse in einem Besatzungsstatut von den Westalliierten geregelt werden sollten. Dabei müsse es um die Abgrenzung der Rechtssphären gehen, wobei die Souveränität der Besatzungsmächte bei »Gewährung möglichst vollständiger Autonomie an die Bevölkerung« klarzustellen sei. ¹⁸ Das beinhaltete

16 Zit. nach Wolfgang Benz/ Günter Plum/ Werner Röcker: Einheit der Nation. Diskussionen und Konzeptionen zur Deutschlandpolitik der großen Parteien seit 1945 (= Neuzeit im Aufbruch, Bd. 3), Stuttgart-Bad Cannstatt 1978, S. 88.

17 »Kampfjahr 1949«. Artikel Kurt Schumachers in: Sozialdemokratischer Presdienst vom 27. Dezember 1948, Bl. 2. Auch abgedruckt in: Kurt Schumacher. Reden, Schriften, Korrespondenzen 1945–1952. Hrsg. von Willy Albrecht, Berlin (West) u. a. 1985, S. 622.

18 Mantelnote der Koblenzer Beratung der Ministerpräsidenten und Parteiführer vom

einem Beschluss des SPD-Parteivorstands zufolge allerdings die Wahl eines provisorischen Parlaments, das – neben der Ausarbeitung eines »Verwaltungsstatus als Verfassungseratz« – die »normalen Funktionen einer demokratischen Volksvertretung« übernehmen sollte.¹⁹ In ihrem Grundgesetzentwurf vom September 1948 bezeichnete die Partei den künftigen »Bund« der westzonalen Länder Deutschlands als »Hoheitsgemeinschaft ohne staatliche Rechte«.²⁰ So sehr die Sozialdemokraten bemüht waren, im Aufbau und in der Terminologie den Eindruck zu vermeiden, eine regelrechte Staatsverfassung vorzuschlagen, war die Substanz ihrer Vorschläge davon nicht so weit entfernt.

Die Ablehnung der SPD, einen separaten Staat zu gründen, enthielt von vornherein so viele Relativierungen, dass ihre schließliche Akzeptierung in der Sache weniger dramatisch war, als es erscheinen mochte. Nicht anders als die Ministerpräsidenten und die Spitzen der übrigen Parteien, die großenteils ähnliche Vorbehalte hatten, mussten die Sozialdemokraten, wenn sie an der Staatsgründung beteiligt sein wollten, ihre Bedenken gegen das Konzept eines westzonalen dynamischen Kernstaats unter dem Druck der Verhältnisse nach und nach zurück-

8. bis 10. Juli 1948, in: Ernst R. Huber (Hrsg.): Quellen zum Staatsrecht der Neuzeit, Bd. 2: Deutsche Verfassungsdokumente der Gegenwart (1919–1951), Tübingen 1951, S. 200–205, hier S. 201.

19 Stellungnahme des Parteivorstands der SPD zu den Londoner Beschlüssen, in: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.): Acht Jahre sozialdemokratischer Kampf um Einheit, Frieden und Freiheit. Ein dokumentarischer Nachweis der gesamtdeutschen Haltung der Sozialdemokratie und ihrer Initiativen, Bonn o. J. [1953], S. 54f.

20 Grundgesetzentwurf der SPD vom 2. September 1948, abgedruckt in: Michael G. M. Antoni: Sozialdemokratie und Grundgesetz, Bd. 1: Verfassungspolitische Vorstellungen der SPD von den Anfängen bis zur Konstituierung des Parlamentarischen Rates 1948 (= Politologische Studien, Bd. 34), Berlin 1991, S. 346–368, hier S. 346.

stellen. Den Westmächten kam es nicht zuletzt darauf an, das Potenzial Westdeutschlands in die Auseinandersetzung mit der UdSSR einzubringen. An einem selbstverwalteten Protektorat war ihnen angesichts der erst noch bevorstehenden, schwierigen und langwierigen Erholung der Wirtschaft und in Erwartung massiver nationalistischer Propaganda aus dem Osten, wo man den »nationalen Widerstand« proklamierte, nicht gelegen.

Die Berliner Blockade hatte zunächst nicht nur – wie oben gezeigt – die Westalliierten, sondern auch die westdeutschen Länder-Ministerpräsidenten verunsichert. Die amtierende Oberbürgermeisterin Louise Schröder, die bei den Krawallen um die Sitzungen der Berliner Stadtverordnetenversammlung Mut und Festigkeit bewies, hatte bei den Koblenzer Beratungen vom 8. bis 10. Juli 1948 im vermeintlichen Interesse Berlins vor unbedachten »endgültigen« Schritten gewarnt. Ernst Reuter, der Berlin auf der Folgesitzung am 21./22. Juli bei Rüdesheim anstelle der erkrankten Louise Schröder vertrat – später wurde er einer der fünf Berliner Vertreter im Parlamentarischen Rat, wo diese mit beratender Stimme vertreten waren –, argumentierte genau andersherum. Eine »vorbereitende Körperschaft« zur Ausarbeitung einer Verfassung werde in Berlin begrüßt und für notwendig gehalten. Es sei zwar richtig, im Hinblick auf die Gefahr einer Teilung Deutschlands den provisorischen Charakter jeder möglichen Lösung herauszuarbeiten. »Wir sind uns aber klar, daß der Schritt von der Nichtsouveränität zur Vollsouveränität nicht auf einmal getan werden kann, sondern daß die Eroberung der Souveränität ein historischer Prozeß ist, der letztlich erst durch einen formellen Akt vollzogen wird, wenn wir ihn in politischer Arbeit vorbereitet haben, so daß diese Souveränität uns nicht mehr vorenthalten werden kann.« Der Kampf gegen die Machtansprüche einer Besatzungsmacht in Berlin sei durchaus als Beitrag für die Wiedergewinnung der deutschen Souveränität

zu sehen: »Daraus folgert, daß wir eines in Berlin und im Osten nicht ertragen können, das Verbleiben des Westens in seinem bisherigen politisch unentschiedenen Status. Wir sind der Meinung, daß die politische und ökonomische Konsolidierung des Westens eine elementare Voraussetzung für die Gesundung auch unserer Verhältnisse und für die Rückkehr des Ostens zum gemeinsamen Mutterland ist.«²¹ Gerade der kommunistische Zugriff auf Berlin erfordere als Antwort einen starken, funktionsfähigen Weststaat. Reuter deutete die Staatsgründung so, »daß, wenn die Ostzone frei sein wird, endgültig dieses Provisorium [...] unter Mitwirkung der Vertreter des Ostens ein Definitivum werden wird.«²²

Ernst Reuter verband also die »Magnet-Theorie« mit dem Gedanken schrittweiser Rückgewinnung von Souveränität. Er ermutigte die Ministerpräsidenten, die bisher gezögert und zunächst die westalliierten Anweisungen, die sie als Vorschläge interpretierten, zurückgewiesen hatten, diesen Weg selbstbewusst zu bestreiten. Allerdings blieben zwischen den Vorstellungen der Deutschen, insbesondere der Sozialdemokraten, und den betont föderalistischen Vorschlägen der Westalliierten weiterhin beträchtliche Differenzen bestehen. Sie konnten – nicht ohne Konfrontationen – erst im Frühjahr 1949 aufgelöst werden. Ernst Reuter, der für eine den Westmächten entgegenkommende Haltung eintrat, räumte im Nachhinein ein, dass Kurt Schumacher mit seiner ultimativen Drohung vom 20. März 1949, die SPD könne sich verweigern, im Hinblick auf die (vor allem finanzielle) Kompe-

21 Rede Ernst Reuters auf der Konferenz der Ministerpräsidenten im Jagdschloss Niederwald am 22. Juli 1948, in: Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 3, S. 424–428, hier S. 425 f.

22 Rede Ernst Reuters im Parlamentarischen Rat am 20. Oktober 1948, in: ebd., S. 494–498, hier S. 496.



Als Oberbürgermeister von Berlin unterzeichnet Ernst Reuter am 23. Mai 1949 das Grundgesetz. Hinter ihm der Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung, Otto Suhr (SPD).

tenzverteilung Bund-Länder in der Sache recht gehabt habe. Erst die Auflösung der deutsch-alliierten Meinungsverschiedenheiten über das Grundgesetz und das ebenso problematische Besatzungsstatut machte dem Krenml endgültig klar, dass die Berliner Blockade gescheitert war und im eigenen Interesse beendet werden sollte.

Es war übrigens nicht die Rangfolge der bestimmenden Werte, »Freiheit vor Einheit«, die Reuter von Schumacher – und die Sozialdemokraten insgesamt von Konrad Adenauer und der Mehrheitsgruppierung des bürgerlichen Lagers – trennte. Bereits in Reaktionen auf die Volkskongress-Kampagne der SED und ihrer Verbündeten seit Ende 1947, die letztlich in die Oststaatsgründung überging, hatte die SPD unzweideutig klargestellt, dass sie die »Freiheit ohne Einheit« der »Einheit ohne Freiheit« vorziehe. Ihre Auffassung von Freiheit und Demokratie unterschied sich damals allerdings mehr als nur graduell von der liberalen und christlich-demokratischen. Bis zu einem gewissen Grad akzeptierte die SPD schließlich das neue Grundgesetz der Bundesrepublik als Rahmen für die staatliche Organisation des künftigen Gesamtdeutschlands. Zugleich verzichtete sie auf den Versuch, ihre strukturellerische Ziele, etwa bezüglich der Enteignung bestimmter Wirtschaftszweige, im Grundgesetz zu verankern, wie ihr das in etlichen Länderverfassungen gelungen war. Sie war sich der Tatsache einer strukturellen Privilegierung des Bürgerblocks durch das Fehlen der sozialdemokratischen Hochburgen in der SBZ und Berlin schmerzlich bewusst.

Man kann sagen, dass die Berliner Blockade und die kämpferische Reaktion der Betroffenen unter Führung von Ernst Reuter dazu beitrug, so gut wie alle maßgeblichen Politiker der Westzonen aus allen Parteien jenseits der KPD, aber auch die große Mehrzahl der politisch bewussten Westdeutschen überhaupt, ins prowestliche Lager geradezu hineinzuziehen. Auch Männer wie der frühere CDU-Vorsitzende in

der SBZ und Berlin Jakob Kaiser, der bis zu seiner Absetzung durch die sowjetische Besatzungsmacht im Dezember 1947 die Rolle Deutschlands als die einer »Brücke zwischen Ost und West« gesehen hatte, schwenkten im Verlauf des Jahres 1948 auf einen Konfrontationskurs ein. Der in Vertretung von Louise Schröder bis Anfang Dezember 1948 amtierende Oberbürgermeister Ferdinand Friedensburg (CDU), der den Faden Gesamtberliner Eigenständigkeit im Einvernehmen mit allen vier Siegermächten auch aus nationalen Motiven weiterspinnen wollte, sah sich bald isoliert. Friedensburg warf Reuter noch in seinen 1971 erschienenen Memoiren vor, die Sowjets darin bestärkt zu haben, allein auf die SED zu setzen.²³

Eindeutiger als viele andere Berliner Sozialdemokraten, die den Abwehrkampf gegen die Blockade und gegen die Hegemonieansprüche der SED durchweg dezidiert mittrugen – der Parteivorsitzende Franz Neumann, ein aufrechter, traditionell-sozialistischer Arbeiterfunktionär hatte im Frühjahr 1946 zu den Initiatoren der Rebellion gegen die Zwangsfusion mit der KPD gehört –, war Ernst Reuter bereit, die gesellschaftspolitischen Folgen der Eingliederung in die Rechts- und Wirtschaftseinheit der Bundesrepublik billigend in Kauf zu nehmen, auch wenn ihm manche, wie er sagte, »dämliche Gesetze von Bonn«²⁴ gegen den Strich gingen. Vom Berliner Neuordnungskonzept der ersten Nachkriegsjahre und den diesbezüglich beschlossenen Regelungen blieb jedenfalls bald kaum noch etwas übrig. Gegen das Sozialisierungsgesetz hatten die Amerikaner schon in der Alliierten Kommandantur ihr Veto eingelegt.

23 Vgl. Ferdinand Friedensburg: Es ging um Deutschlands Einheit. Rückschau eines Berliners auf die Jahre nach 1945, Berlin (West) 1971, S. 317.

24 Zit. nach Hannes Schwenger: Ernst Reuter. Ein Zivillist im Kalten Krieg, München 1987, S. 71.

Einsatz für Deutschland und Berlin

Es macht wenig Sinn, darüber zu spekulieren, wie sich Ernst Reuter, wäre ihm ein längeres Leben vergönnt gewesen, zu Vorgängen verhalten hätte, die er so nicht einmal ahnen konnte, etwa zu der späteren Entspannungspolitik. Mit Bestimmtheit kann man aber sagen, dass der deutschland- und berlinpolitische Akteur Ernst Reuter nicht im »Kalten Krieger« aufgeht. Ihm war immer klar, dass es eine Lösung der Deutschen Frage nicht geben würde, ohne dass die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion Berücksichtigung fänden. Er wusste, dass der Ostblock kein statisches und unveränderbares Gebilde war. Der Widerstand der Westalliierten und der West-Berliner während der Blockade sollte der Sowjetunion die Aussichtslosigkeit eines aggressiven Vorgehens und die Notwendigkeit von Zugeständnissen vor Augen führen. Diese und andere politisch-psychologischen Niederlagen des Kreml sah Reuter als notwendige Voraussetzungen einer späten Kompromissuche. Der Bonner Politik warf er Selbstgenügsamkeit und Immobilismus vor – ob zu Recht, sei hier dahingestellt.

Nicht so scharf, wie das bei anderen Sozialdemokraten der Fall war, aber doch mit deutlichen Anspielungen und wohl nicht ganz ohne Ressentiments, so in einer Wahlkampfrede im Spätherbst 1948, ironisierte Reuter den »Herr[n] Dr. Adenauer [...] an seinem schönen Rhein«, »dem unsere besonderen Berliner Verhältnisse offensichtlich fremd sind«. Doch Berlin gehöre genauso zu Deutschland, »und hinter Berlin gibt es auch noch allerhand, was zu Deutschland gehört!«²⁵ Mit ähnlicher Tendenz klagte er auch nach der Gründung der Bundesrepu-

25 Rede Ernst Reuters auf der Wahlkundgebung der SPD im Titania-Palast am 27. November 1948, in: Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 3, S. 526–538, hier S. 531.

blik, die Bonner Politik gegenüber Berlin sei von »schöne[n] Worte[n] und weniger schönen Taten« gekennzeichnet.²⁶ Anlässe für derartige Klagen bot etwa die zunehmende Verlagerung von Wirtschafts- und Verwaltungseinrichtungen ins Bundesgebiet.

Man darf Reuters eindeutige West-Option für Berlin wie die Bundesrepublik nicht mit der Vorstellung verwechseln, er hätte es für denkbar gehalten, den rechtlich-politischen Status Westdeutschlands umstandslos auf Gesamtdeutschland zu übertragen. Und als sich die militärische Pakteinbindung der Bundesrepublik abzeichnete, machte Reuter – in der letzten öffentlichen Rede – seine Auffassung deutlich, der Westen dürfe, wenn er die Einheit Berlins und Deutschlands wirklich wolle, nicht darauf bestehen, »daß Deutschland vor dieser Wiedervereinigung ein Teil des westlichen Bündnissystems wird«.²⁷ Bei allem Misstrauen gegenüber dem Sowjetkommunismus war es für ihn selbstverständlich, tatsächliche oder vorgebliche Angebote der Sowjetunion in ernsthaften Verhandlungen auszuloten, die die Einheit Deutschlands zum Gegenstand hätten.

Bezeichnend war auch, dass er zwar die Bedeutung militärischer Stärke nicht leugnete, aber das Schwergewicht, so bei einer USA-Reise im Frühjahr 1949, stets auf die politische und geistig-moralische Ebene des Ost-West-Konflikts legte. Der Krieg im militärischen Sinn sei nicht unvermeidlich, und er müsse bewusst vermieden werden.

26 Schreiben Ernst Reuters an den bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard vom 13. Oktober 1949, in: Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 4: Reden, Artikel, Briefe 1949 bis 1953. Bearb. von Hans J. Reichhardt, Frankfurt am Main u. a. 1975, S. 108 f., hier S. 108. – Vgl. auch die Rede Ernst Reuters vor der Stadtverordnetenversammlung von Berlin zur Begrüßung des Bundesministers für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, am 13. Oktober 1949, in: ebd., S. 111–115.

27 »Deutschlands Einheit – Berlins Aufgabe«. Rede Ernst Reuters auf der SPD-Kundgebung im Sportpalast am 30. August 1953, in: ebd., S. 765–780, hier S. 776.



Freiheitskundgebung »Berlin ruft die Welt« auf dem Platz der Republik am 9. September 1948.

Diese Auffassung des Kalten Krieges findet sich beispielhaft in einer Rede, die Reuter am ersten Tag der Blockade auf einer sozialdemokratischen Kundgebung im Wedding gehalten hatte: »Berlin ist aus eigener Tatkraft und durch die Haltung seiner Bevölkerung wieder der Punkt geworden, um den alle Deutschen in Ost und West sich orientieren. Es ist die Stadt geworden, von der niemand mehr bezweifeln kann, daß sie, wenn der Tag des Abzugs der Besatzungsmächte aus Deutschland gekommen sein wird, die Hauptstadt eines einigen, eines in Freiheit einigen Deutschlands sein wird. [...] Wir wissen [...] ganz genau, daß wir ein waffenloses, besiehtes und im Grunde genommen einstweilen auch ein wehrloses Volk sind. Unsere Stärke liegt nicht in unserer äußeren Kraft, die ist uns genommen worden. [...] Unsere Stärke liegt heute in Berlin nur darin, daß wir eine gute und gerechte Sache vertreten. Unsere Stärke liegt darin, daß wir für die Freiheit unseres Volkes, für



Rede Ernst
Reuters vor
dem Reichstags-
gebäude am 9.
September 1948.

sein Recht auf Selbstbehauptung und auf seine eigene deutsche Selbstverwaltung mit allen Mitteln eintreten und sie verteidigen.«²⁸

In den Auseinandersetzungen seit dem Frühjahr 1948 sprach der begnadete Rhetor Ernst Reuter jene einprägsamen Sätze, prägte er jene Formeln, die fast sprichwörtliche Verbreitung finden sollten und von denen einige bis heute geläufig sind: von der Stadt Berlin, die – anders als die Tschechoslowakei – nicht »drankommen« werde, von Berlin als dem »Vorposten der Freiheit« sowie dem »Stalingrad der deutschen Freiheit«. Und von den »Völkern der Welt«, die »auf diese Stadt« schauen sollten, ausgerufen auf der Kundgebung am 9. September 1948, mit der rund 350.000 Berliner auf die Verdrängung der regulär gewählten Vertretungskörperschaft aus ihrem Amtssitz reagierten.²⁹

Bei aller Leidenschaft, die er in sich trug, und allem Pathos seiner Reden war Ernst Reuter ein Politiker von nüchterner Sachlichkeit und großer Sachkenntnis, ein Mann der Praxis mit einem starken Gestaltungswillen und einer energischen Initiativbereitschaft. Vor der ersten Bundestagswahl war er als Kanzler wie als Präsident im Gespräch, ebenso nach Kurt Schumachers Tod im Sommer 1952 als SPD-Partei-vorsitzender. Man kann sich gut vorstellen, dass ein Ernst Reuter, hätte er noch gelebt, nach der schweren Wahlniederlage der westdeutschen Sozialdemokratie 1953 zum Hoffnungsträger und Spitzenkandidaten der Partei geworden wäre.

28 Rede Ernst Reuters auf der SPD-Kundgebung zur Währungsreform auf dem Hertha-Sportplatz am 24. Juni 1948, in: Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 3, S. 400 – 412, hier S. 406 u. 409 f.

29 Schlusswort Ernst Reuters auf der Kundgebung der demokratischen Parteien vor dem Reichstagsgebäude am 18. März 1948, in: ebd., S. 368 f.; Rede Ernst Reuters auf der Protestkundgebung vor dem Reichstagsgebäude am 9. September 1948 gegen die Vertreibung der Stadtverordnetenversammlung aus dem Ostsektor, in: ebd., S. 477 – 479.

Geistig tief verwurzelt in der deutschen Kultur und Geschichte, verstand er sich als ein freiheitlicher Sozialist und ein demokratischer Patriot humanistisch-weltbürgerlichen Zuschnitts. Er war von der Notwendigkeit sozialer Veränderungen überzeugt, um demokratiefeindliche Machtpositionen tradierter Eliten in der deutschen Gesellschaft zu beseitigen. Noch wichtiger schien ihm aber eine geistig-moralische Erneuerung des deutschen Volkes, um die Demokratie nicht nur als Staats-, sondern auch als Lebensform in Deutschland zu befestigen, und in dieser Überzeugung bestand der Kern seiner Westorientierung. Die Freiheit war ihm keine Frage der Zweckmäßigkeit, sondern ihr Wert ergab sich ihm aus seinem Menschenbild. Für kaum einen deutschen Politiker der frühen Nachkriegszeit stand die Freiheit so sehr im Mittelpunkt wie für Ernst Reuter: die individuelle wie die kollektive Freiheit. »Der Mensch lebt nicht von der Freiheit, aber er kann nur in der Freiheit leben«, formulierte er dieses Bekenntnis Ende April 1947 vor dem Landesparteitag der SPD.³⁰

Im Unterschied zu Teilen des bürgerlichen Spektrums namentlich im Rheinland und in Süddeutschland war die Bundesrepublik, in die Ernst Reuter West-Berlin voll integriert sehen wollte, für ihn lediglich eine Aktionsplattform für den Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands. Als Sprecher der nichtkommunistischen Mehrheit wurde Reuter seit Frühjahr 1948 zur überragenden politischen Führungs- und Symbolgestalt in der deutschen Hauptstadt bzw. in ihrem Westteil. Seine einzigartige Popularität in ganz Berlin und weiten Teilen der SBZ/DDR beruhte jedoch neben ungewöhnlichen rhetorischen Fähigkeiten in erster Linie auf seiner persönlichen Integrität und Authentizität.

30 »Grundsätze und Ziele der Sozialdemokratie«, in: ebd., S. 197.

Weiterführende Literatur

- David E. Barclay: Schaut auf diese Stadt. Der unbekannte Ernst Reuter, Berlin 2000.
- Michael Bienert/Uwe Schaper/Andrea Theissen (Hrsg.): Die Vier Mächte in Berlin. Beiträge zur Politik der Alliierten in der besetzten Stadt (= Schriftenreihe des Landesarchivs Berlin, Bd. 9), Berlin 2007.
- Willy Brandt/Richard Lowenthal: Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit, München 1957.
- Werner Breunig: »Die Spaltung Deutschlands wird nicht geschaffen, sie ist bereits vorhanden«. Ernst Reuter und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, in: Michael C. Bienert/Uwe Schaper/Hermann Wentker (Hrsg.): Hauptstadtanspruch und symbolische Politik. Die Bundespräsenz im geteilten Berlin 1949–1990 (= Zeitgeschichte im Fokus, Bd. 1), Berlin 2012, S. 131–150.
- Josef Foschepoth (Hrsg.): Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945–1952 (= Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Bd. 16), Göttingen 1985.
- Harold Hurwitz: Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, 4 Bde., Köln 1983–1990.
- Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 298), 5., überarb. u. erw. Aufl., Bonn 1991.
- Michael Lemke: Vor der Mauer. Berlin in der Ost-West-Konkurrenz 1948 bis 1961 (= Zeithistorische Studien, Bd. 48), Köln u. a. 2011.
- Wilfried Loth: Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955, 7., überarb. Neuaufl., München 1989.
- Gunter Mai: Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945–1948.

- Alliierte Einheit – deutsche Teilung? (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 37) München 1995.
- Hans J. Reichhardt/ Georg Kotowski: Berlin als Hauptstadt im Nachkriegsdeutschland und Land Berlin 1945–1985. Mit einem statistischen Anhang zur Wahl- und Sozialstatistik des demokratischen Berlin 1945–1985 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 70,2), Berlin (West) 1987.
- Heinz Reif/ Moritz Feichtinger (Hrsg.): Ernst Reuter. Kommunalpolitiker und Gesellschaftsreformer 1921–1953 (= Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 81), Bonn 2009.
- Wilfried Rott: Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins, 1948–1990, München 2009.
- Arthur Schlegelmilch: Hauptstadt im Zonendeutschland. Die Entstehung der Berliner Nachkriegsdemokratie 1945–1949 (= Schriften der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 4), Berlin 1993.
- Hannes Schwenger: Ernst Reuter. Ein Zivillist im Kalten Krieg, München 1987.
- Bernd Stöver: Der Kalte Krieg 1947–1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters, München 2007.
- Jürgen Weber (Hrsg.): Der Bauplan für die Republik. Das Jahr 1948 in der deutschen Nachkriegsgeschichte, München u. a. 1996.
- Jürgen Wetzel (Hrsg.): Ernst Reuter (1889–1953). Oberbürgermeister und Regierender Bürgermeister von Berlin 1948–1953 [Ausstellungskatalog], Berlin 2003.
- Udo Wetzlaugk: Berlin und die deutsche Frage (= Bibliothek Wissenschaft und Politik, Bd. 36), Köln 1985.

Der Autor

Prof. Dr. phil. habil. Peter Brandt, geboren 1948, Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre. Seit 1990 Professor für Neuere Geschichte an der FernUniversität in Hagen. Zahlreiche Veröffentlichungen zur deutschen und europäischen Geschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts. Peter Brandt ist Herausgeber des Magazins www.globkult.de.

Bildnachweis

Bundesarchiv S. 27: Bild 183-S79881 (Heinschler).

Henry Ries/Deutsches Historisches Museum/Landesarchiv Berlin, F Rep. 290-02-03 S. 23: Nr. 0160925; S. 41: Nr. 0160921.

Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 S. 7: Nr. 0020527; S. 8: Nr. 0260403; S. 13: Nr. 0088465 (Alois Bankhardt); S. 29: Nr. 0000902 (Wilhelm Rißleben); S. 30: Nr. II 13598 (Wilhelm Rißleben); S. 42: Nr. 0081763 (Alois Bankhardt).

Puck Pressedienst/DHM, Berlin S. 21 (GOS-Nr. BA118210).

ullstein bild S. 36.

Umschlag Vorderseite: Markierungsarbeiten an der Sektorengrenze am Potsdamer Platz, um 1948. Henry Ries/Deutsches Historisches Museum/Landesarchiv Berlin, F Rep. 290-02-03, Nr. 0160925.

Umschlag Rückseite links: Sowjetische Soldaten vor dem Brandenburger Tor, März 1946. LAB, F Rep. 290, Nr. 0020527.

Umschlag Rückseite rechts: Rede Ernst Reuters vor dem Reichstagsgebäude am 9. September 1948. LAB, F Rep. 290, Nr. 0081763 (Alois Bankhardt).

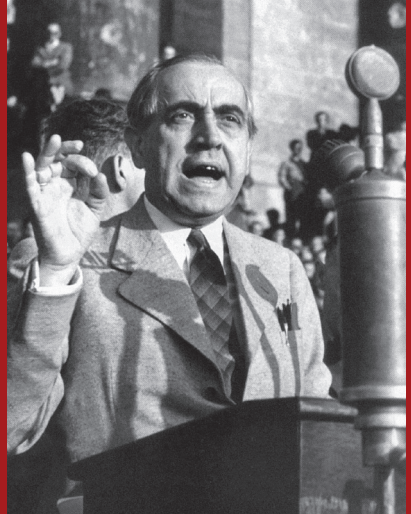
ERNST-REUTER-ARCHIV

STIFTUNG

Die Stiftung Ernst-Reuter-Archiv wurde am 26. März 2010 gegründet. Sie ist dem Gedenken an den ersten Regierenden Bürgermeister von Berlin, Ernst Reuter (1889–1953), gewidmet. Wie kaum eine andere Persönlichkeit hat er nach dem Zweiten Weltkrieg die Geschichte Berlins und Deutschlands geprägt. Seine Rolle als wichtigste Stimme für Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung während der sowjetischen Blockade 1948/49 ist legendär. Bis zu seinem Tod im September 1953 setzte sich Ernst Reuter mit allen Kräften dafür ein, dass die Belange West-Berlins und der Menschen auf der östlichen Seite des »Eisernen Vorhangs« im politischen Geschehen der Bundesrepublik Deutschland gebührend berücksichtigt wurden. Es lohnt, sich mit seinem Leben und seiner Zeit zu beschäftigen.

Zugleich weist die Arbeit der Stiftung über die historische Person von Ernst Reuter hinaus. Sie richtet sich auf die wissenschaftliche Erforschung und Aufarbeitung der Zeitgeschichte. Modernen Fragestellungen und interdisziplinären Ansätzen aufgeschlossen, sucht die Stiftung Ernst-Reuter-Archiv nach neuen Perspektiven auf die Geschichte Berlins und Deutschlands im 20. Jahrhundert.

Mehr Informationen unter www.ernst-reuter.org



1948 gehörte zu den Schlüsseljahren im 20. Jahrhundert: Der Kalte Krieg erlebte seinen ersten Höhepunkt. Berlin wurde zur dramatischen Bühne im Ost-West-Konflikt. In dieser Zeit stieg Ernst Reuter zur wichtigsten Stimme für Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung auf.

Peter Brandt stellt die Persönlichkeit und die historischen Leistungen des legendären »Blockade-Bürgermeisters« vor. Er beschreibt, wie der Politiker Reuter mit Leidenschaft und moralischer Überzeugungskraft, aber auch mit nüchterner Sachlichkeit und Sachkenntnis die Geschehnisse der Halbstadt während der bedrohlichen Monate 1948/49 mitgestaltete.

ISSN 2194-5810
ISBN 978-3-95410-006-4



ERNST-REUTER-ARCHIV
STIFTUNG

www.bebra-wissenschaft.de